

„Was ist Gesetzlichkeit?“

SPIEGEL-Interview mit Peter Erfurth, dem bisherigen Stasi-Chef von Greifswald

SPIEGEL: Wie lange waren Sie bei der Stasi?

ERFURTH: Seit 1968. Ich arbeitete in Rostock in der Deutschen Seereederei und wurde von dort aus ins Ministerium für Staatssicherheit delegiert.

SPIEGEL: Haben Sie sich selbst gemeldet?

ERFURTH: Ich wurde von Mitarbeitern angesprochen, die ich gar nicht kannte. Ich hatte damals keinerlei Vorstellungen vom Ministerium für Staatssicherheit.

SPIEGEL: Warum sind Sie zur Stasi gegangen?

ERFURTH: Vater Arbeiter, Mutter Arbeiterin, wenig Geld gehabt, Krieg durchgemacht, da wurde ich von der Familie und der Schule so erzogen, daß eben der Sozialismus die einzige Gesellschaftsordnung wäre, in der der Mensch frei leben könnte.

SPIEGEL: Waren Sie Mitglied der SED, als Sie angesprochen wurden?

ERFURTH: Ich war Mitglied der SED seit 1963, alle operativen Mitarbeiter waren es.

SPIEGEL: Sind Sie noch Genosse?

ERFURTH: Das kann ich Ihnen nicht so genau sagen. Ich bin bisher noch nicht ausgetreten, weil ich gar nicht weiß, wo ich austreten soll. Die Grundorganisation der Kreisdienststelle gehörte anleitungsmäßig zur Kreisleitung der SED. Seit Mitte November gibt es keinerlei Kontakte mehr.

SPIEGEL: Schämen Sie sich eigentlich, bei der Stasi gearbeitet zu haben?

ERFURTH: Aus der jetzigen Sicht kann ich nur sagen: Es tut mir leid. Aber ich muß auch sagen: Wir wurden von Beginn an und bis zur letzten Stunde dazu erzogen, alles zu tun zum Wohle des Volkes. Wir sollten – und so habe ich auch meine Mitarbeiter instruiert – ja nichts machen, was dem einfachen Menschen schadet.

SPIEGEL: Wenn Sie jeden Briefkontakt nach Westen kontrollieren, wenn Sie Bürger verhören, nur weil sie Westkontakte haben, dann hat sich der Apparat doch wohl gegen den Mann auf der Straße, den Arbeiter und Bauern gewendet.

ERFURTH: Das ist eine schlechte Sache gewesen. Das ist auch entstanden durch die falsche – man muß wohl teilweise sagen: verbrecherische – Sicherheitspolitik der ehemaligen Parteiführung. Wir merken seit längerem, daß das nicht mehr im Sinne des Volkes ist, was wir gemacht haben.

SPIEGEL: Wie sahen denn die Verbindungen zwischen MfS und SED aus?

ERFURTH: Aufgabe der Staatssicherheit war es unter anderem, die Stimmung und Reaktion der Bevölkerung zu erfassen, die Partei darüber zu informieren und dann die Politik der Partei mit den spezifischen Mitteln durchzusetzen.

SPIEGEL: Irgendwie hat das ja wohl nicht geklappt. Hätten Sie vielleicht noch genauer aufpassen müssen?

ERFURTH: Nee. Vor dem 7. Oktober waren wir fest davon überzeugt, daß die Staats- und Parteiführung über die brisante Lage informiert sei. Ich weiß von

Peter Erfurth

war vier Jahre lang Leiter der Kreisdienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit in Greifswald (Bezirk Rostock), bis das Amt am 4. Dezember 1989 von Bürgern besetzt wurde. Dem Oberstleutnant unterstanden zuletzt 58 Mitarbeiter und 500 „Inoffizielle Mitarbeiter“. Seitdem arbeitet Erfurth, 45 (verheiratet, zwei erwachsene Töchter), in seiner Vier-Zimmer-Neubauwohnung. Der Geheimdienstler, der sich nicht fotografieren ließ und der mit 2500 Mark-Ost und Zulagen mehr verdiente als der Oberbürgermeister der Stadt, ist jetzt damit beschäftigt, für seine ehemaligen Mitarbeiter Arbeitsplätze zu finden. Danach will er sich selbst auf Stellungsuche machen.

vielen ehemaligen Mitarbeitern, daß sie sehr erschüttert darüber waren, daß – wie Egon Krenz berichtet hat – im Politbüro niemals die Problematik der Ausreisewilligen zur Sprache gekommen ist. Das war für uns eine Enttäuschung, weil wir schon 1988 darauf hingewiesen haben. Ich hatte mir persönlich einige Fälle angeschaut und war zur Überzeugung gekommen, daß sie keine andere Möglichkeit gesehen haben.

SPIEGEL: Aber diese Menschen wurden doch trotzdem überwacht.

ERFURTH: Nicht alle Antragsteller. Dazu hätte die Kraft des gesamten Ministeriums nicht ausgereicht, und das war auch nicht notwendig. Wir hatten zum Beispiel 1988 im Kreis etwa 300 Antragsteller. Bei etwa 20 Mitarbeitern der Kreisdienststelle, die nicht mit administrativen Dingen beschäftigt waren, wäre das gar nicht zu schaffen gewesen. Es wurden sogenannte Schwerpunktpersonen bearbeitet.

SPIEGEL: Wie sah das aus?

ERFURTH: Das ging von einer zeitweiligen Informationsbeschaffung über sein Auftreten zum Beispiel am Arbeitsplatz, im Wohn- und Freizeitbereich bis zu Beobachtungen über einen bestimmten Zeitraum, wo der Verdacht bestand, daß eventuell eine Straftat bevorstand.

SPIEGEL: Sie meinen den Wunsch, die DDR zu verlassen.

ERFURTH: Ursache war leider auch hier die falsche Sicherheitspolitik, zu verhindern, daß solche Personen ungesetzlich die DDR verlassen.

SPIEGEL: Fühlen Sie sich eigentlich von den damals Verantwortlichen verraten?

ERFURTH: Ja, das war unmöglich, wie sich diese Leute verhalten haben. Wir haben wirklich noch bis zum letzten Moment geglaubt, daß das alles ehrliche und zuverlässige Leute sind.

SPIEGEL: Glaubten Sie denn, daß jemand wie Honecker ein ehrlicher Sozialist war, jemand, der die Autobahn Rostock-Berlin sperren ließ, wenn er mit seinem Volvo unterwegs war?

ERFURTH: Das ist nicht in Ordnung gewesen. Aber andere Dinge haben mich noch viel mehr erschüttert. Wir hatten den Eindruck, einige Leute wußten gar nicht mehr: Was ist Gesetzlichkeit? Das mitzubekommen war fürchterlich. Vor allem, weil wir als Mitarbeiter dazu erzogen worden waren, ehrlich zu sein. Jeder Pfennig mußte abgerechnet werden, jeder Kilometer Sprit.

SPIEGEL: Wann hatten Sie das Gefühl, daß es mit der Stasi zu Ende ging?

ERFURTH: Das war am 13. November. Das Ministerium für Staatssicherheit war immer mehr in den Mittelpunkt der Kritik gekommen, und keiner bekannte sich öffentlich zum Ministerium. Dann kam der Auftritt des damaligen Ministers Mielke in der Volkskammer.

SPIEGEL: Als Mielke bekannte „Ich liebe doch alle“ und die Abgeordneten ihn dafür auslachten.

ERFURTH: Mir wurde es fast übel, einige Mitarbeiter haben geweint. Da war es endgültig so, als hätte man uns den Boden unter den Füßen weggezogen.

SPIEGEL: Da wußten Sie, mit der Staatssicherheit wird es nie wieder was?

ERFURTH: Ja, ich wußte: Jetzt geht's zu Ende, nur daß das so schnell geht, habe ich mir nicht vorgestellt.

SPIEGEL: Aber der Zorn der Bevölkerung konnte doch nicht überraschen.

ERFURTH: Aus meinem jetzigen Kenntnisstand würde ich sagen, daß bestimmte

Teilaufgaben und Teilbereiche des Ministeriums für Staatssicherheit verfassungsfeindlich gearbeitet haben. Insbesondere die breite Überwachung der eigenen Bevölkerung, die ständige Zunahme der Postüberwachung, auch der teilweisen Telefonüberwachung.

SPIEGEL: Da haben Sie aber auch mitgemacht.

ERFURTH: Wir im Kreis nicht, das machte der Bezirk, aber die Ergebnisse bekamen wir.

SPIEGEL: Es gibt immer wieder Gerüchte von einem möglichen Putsch der Staatssicherheit.

ERFURTH: Es gab mal Gespräche mit einzelnen, die besorgt waren und sagten: Warum handeln wir denn nicht dagegen? Aber ich glaube, kein Mitarbeiter des Ministeriums trägt sich jetzt noch mit Putschgedanken. Die haben alle viel zu viele persönliche Probleme, die müssen sich Arbeit suchen.

SPIEGEL: Sie und Ihre Mitarbeiter müssen ja auch auf einiges verzichten. Die Bezahlung wird nicht mehr so gut sein, die Privilegien fallen weg. Was hatten Sie denn für Privilegien?

antwortlichen in rechtsstaatliche Bahnen zu lenken.

Doch mit ihrem in der Welt bisher einmaligen Unternehmen, einen einst übermächtigen Überwachungsapparat ohne Gewaltaktionen und private Abrechnungen zu demontieren, verfangen sich die revolutionären Bürgerkontrolleure vielerorts selbst im schier unentwirrbaren Geheimdienst-Geflecht.

Denn schon bald mußten sie feststellen, daß sie mit dem Versuch, die geheimdienstliche Machtbasis der SED endgültig lahmzulegen, zugleich auch die Fundamente ihres Staates in Frage stellen.

So ließen sich die meisten Bürgerkomitees von den eilig in alle Bezirke entsandten Sonderbeauftragten der Regierung Modrow zunächst überreden, die scheinbar unverzichtbaren Abteilungen für Auslandsaufklärung und Spionageabwehr weiterarbeiten zu lassen. Das hätte



Das Komitee zur Auflösung der Berliner Bezirksverwaltung des MfS mußte sogar am Runden Tisch der Stadt erst mit Warnstreiks drohen, um überhaupt eine Liste jener vielen tausend Gebäude und Wohnungen im Raum Berlin zu erstreiten, in denen der Krake Staatssicherheit seine Infrastruktur hatte.

Und selbst dann stellten die ausgesandten Überprüfungsgruppen

fest, daß damit noch längst nicht alle „Objekte“ erfaßt waren. Fast täglich, so berichtet der Filmredakteur und Komitee-Mitarbeiter Klaus Wendler, erreichen ihn Anrufe von besorgten Bürgern oder anonyme Hinweise ehemaliger Stasi-Soldaten, die sein Komitee auf neue Spuren führen. Vielfach versuchten die noch diensttuenden MfS-Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz durch Tarnung zu retten. Das „MfS-Rechenzentrum Wuhlheide“ etwa verwandelte sich durch Auswechseln des Türschildes in einen normalen „Volkseigenen Betrieb“, ohne daß klar war, an welchen Aufgaben eigentlich gearbeitet wurde.

Eine böse Überraschung erlebte das Komitee auch im alten Gebäude der Berliner Bezirksverwaltung. Schon vor zwei Jahren, so hatten die letzten diensttuenden Bezirksoffiziere versichert, sei dieses Gebäude an den Rat der Stadt und eine Kindertagesstätte übergeben worden. Doch nach einer Bombendrohung stellte sich heraus, daß im Keller des Gebäudes hinter verschlossenen Türen nach wie vor eine bestausgerüstete Telefon-Überwachungsanlage installiert war. „Voll in Funktion“ fand eine Kontroll-Delegation des Runden Tisches sogar noch am 31. Januar die Funk- und Datenübertragungszentrale der Observationsabteilung VIII in der Köpenicker Allee. Bis dahin, so räumte ein noch diensttuender Oberst ein, sei geplant gewesen, die ganze Einrichtung kurzerhand der „Hauptverwaltung Aufklärung“ des Spionage-Chefs Großmann zu übergeben.

„Man muß einfach den Eindruck haben“, klagt Wendler, „daß sie versuchen, uns systematisch zu verarschen.“

Zugleich sind jedoch die meisten Mitglieder der Kontrollgruppen von der selbstgestellten Aufgabe völlig überfordert, in die sie in der Regel eher zufällig im Überschlag der Revolution hineinrutschten. Meist fehlt es an Organisationserfahrung und Vorkenntnissen, um die Geheimstrukturen durchschauen zu können.

Noch schwerer wiegt, daß sich die einzelnen Mitglieder stets gegenseitig mißtrauen. „Wir müssen doch davon ausge-



Stasi-Observanten im Einsatz*: „Sicherheit vor Recht“

ERFURTH: Jeden Tag, auch sonabends und sonntags von früh um 8 meistens bis 21, 22 Uhr gearbeitet. Wenn ich den Kreis verlassen wollte, etwa am Wochenende, mußte ich mich abmelden.

SPIEGEL: Keine extra Einkaufsstellen, keine westlichen Lebensmittel?

ERFURTH: Die Kreisdienststelle hatte weder eine Kantine noch eine Sonderversorgung, das Essen bekamen wir jeden Tag im Kübel von der Volkspolizei.

bedeutet, daß aus dem alten Ministerium ein Verfassungsschutz und ein Nachrichtendienst nach bundesdeutschem Vorbild hervorgehen sollten.

Erst nach und nach wird vielen klar, daß auf diesem Wege eine wirkliche Zerschlagung des SED-Systems nicht zu erreichen gewesen wäre. Bis heute nutzen Mielkes Schergen jede Lücke in der Bürgerkontrolle, um die Aufdeckung ihrer alten Strukturen zu blockieren oder zu verzögern.

* Vor der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin.